

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Alfred Grob

Abg. Richard Graupner

Abg. Stefan Schuster

Abg. Toni Schuberl

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Joachim Herrmann

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich komme nun zu den nächsten Anträgen und rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU)

Null Toleranz bei Gewaltexzessen und blinder Zerstörungswut! Wir beschützen die, die uns beschützen! (Drs. 18/8582)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)

Bayerisches "Stuttgart" verhindern - Lehren aus der Krawallnacht ziehen (Drs. 18/8663)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Stefan Schuster, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)

Ausschreitungen in Stuttgart: Wir stehen hinter unseren Polizistinnen und Polizisten! (Drs. 18/8664)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Toni Schuberl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausschreitungen in Stuttgart - Solidarität mit den Einsatzkräften und Prävention von Gewaltexzessen! (Drs. 18/8665)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Alfred Grob das Wort. Bitte schön.

Alfred Grob (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man unsere Bürgerinnen und Bürger einmal fragt, was sie von unserem Staat erwarten und was ihre Prioritäten sind, stehen der Schutz und die Sicherheit ganz

oben. Deswegen sind wir sehr froh, dass der Freistaat Bayern diese Erwartung seiner Bürgerinnen und Bürger mehr als erfüllen kann. In der letzten Polizeilichen Kriminalstatistik, die erst vor Kurzem veröffentlicht wurde, haben wir erfreuliche Zahlen zu präsentieren: die niedrigste Kriminalitätsrate seit 40 Jahren und die beste Aufklärungsquote seit 25 Jahren. Das zeigt, dass wir eine hervorragende Sicherheitslage in Bayern haben. Oder anders formuliert: In keinem anderen Bundesland lebt es sich sicherer als hier in Bayern.

Diejenigen, die dafür Tag für Tag und rund um die Uhr im wahrsten Sinne und bildlich gesprochen den Kopf hinhalten, sind unsere Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, zu denen auch ich gehöre. Denn ich war vor dem Einzug in den Landtag 33 Jahre Polizeibeamter und habe mehr als 18 Jahre große Kripo-Dienststellen geleitet. Ich glaube also zu wissen, wie Hass und Gewalt, wie Mord und Totschlag aussehen; aber auch, welchen Belastungen, welchen Gefährdungen und welchen Bedrohungen unsere Kolleginnen und Kollegen tagtäglich ausgesetzt sind.

Diese Belastungen, Gefahren und Bedrohungen werden leider in der Öffentlichkeit vielfach nicht so wahrgenommen, wie die Betroffenen es sich erwarten würden und es verdient hätten. Diejenigen, die unsere Sicherheit schützen, erwarten zu Recht, von der Gesellschaft getragen und gestützt zu werden. Wir erleben – leider! – sehr oft das Gegenteil. Unsere Polizei wird mit pauschalen Vorwürfen und herabwürdigenden Vergleichen bewusst diskreditiert. Ich erinnere hier nur an einen Artikel aus der Berliner "taz", in dem Polizisten mit Abfall gleichgesetzt worden sind, der letztlich auf der Mülldeponie zu entsorgen sei. Mit Satire, meine Damen, meine Herren, lässt sich so etwas aus meiner Sicht kaum erklären.

(Beifall bei der CSU)

Die Polizei im rot-rot-grün regierten Berlin wird durch ein irreführend "Antidiskriminierungsgesetz" genanntes Gesetz aus meiner Sicht selbst diskriminiert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aus meiner Sicht erfolgt so eine Beweislastumkehr für Einsatzbeamte. Das Gesetz erzeugt Misstrauen bei den Kolleginnen und Kollegen des Polizeidienstes, und aus meiner Sicht wird die Unschuldsvermutung untergraben. Die Innenminister haben ganz zu Recht hinterfragt, ob man unter solchen Umständen weiterhin Unterstützungskräfte nach Berlin schicken könne. Es wurde festgestellt – das hat Joachim Herrmann im Innenausschuss erst vor Kurzem erklärt –, dass dieses Antidiskriminierungsgesetz für Unterstützungskräfte in Berlin nicht gilt; sonst hätten wir nämlich zu Recht nachgefragt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Polizei wird mit Hassgraffiti – jeder kennt die "ACAB"-Aufschriften an fast jedem Stadion – und Hassposts überzogen, die aus meiner Sicht nichts anderes sind als die Saat für Gewalt gegen Einsatzkräfte.

Die verachtenswerten und feigen Gewaltexzesse in der Innenstadt von Stuttgart am vergangenen Samstag, die den Hintergrund der heutigen Debatte bilden, sind auch ein schockierendes Beispiel dafür, wohin Diffamierungen und mangelnde Wertschätzung der Polizei führen können. Sie alle haben ja die Bilder dieser brutalen Szenen der Gewalttaten, auch der Plünderungen, im Internet oder im Fernsehen gesehen. 22 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wurden teils ganz erheblich verletzt. Von hier aus wünsche ich allen Kolleginnen und Kollegen natürlich gute Besserung sowie schnellstmögliche und vollständige Genesung.

(Beifall)

Gleichzeitig wird offenkundig, dass sich die Gewalt nur im ersten Schritt gegen die Polizei, aber im zweiten Schritt sehr oft auch gegen unbeteiligte Bürgerinnen und Bürger richtet. Welches erschreckende Ausmaß diese Gewalt innerhalb von kürzester Zeit in Stuttgart angenommen hat, zeigt der Fall eines 16-Jährigen, der einem bereits am Boden liegenden Studenten gegen den Kopf getreten hat. Es ist der Polizei zu verdan-

ken, dass der Täter sehr schnell erkannt und festgenommen werden konnte. Gegen ihn wird wegen versuchten Totschlags ermittelt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn wir in Bayern auch in Zukunft mit Stolz das sicherste Bundesland bleiben wollen, dann müssen wir auch diejenigen schützen – das ist eine Bitte und eine Aufforderung –, die für unsere Sicherheit sorgen. Denn auch bei uns in Bayern ist die Gewalt gegen Polizeibeamte gestiegen; sie erreichte 2019 den Stand von 2.599 verletzten Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein Höchststand im Vergleich zu den letzten Jahren. Gleichzeitig stellen wir fest, dass auch Einsatzkräfte der Feuerwehr und der Rettungsdienste zunehmend mit Hass und Gewalt konfrontiert werden.

Es ist unser Ziel, diesen Trend nicht nur zu stoppen, sondern auch umzukehren. Deshalb fordern wir in unserem Dringlichkeitsantrag erstens, dass das Strafrecht trotz der Verbesserungen in den letzten Jahren nochmals auf etwaige Schutzlücken hin überprüft wird.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das kann ja das Innenministerium machen!)

– Das werden wir auch veranlassen.

Zweitens. Außerdem wollen wir, dass bei Vorkommnissen wie denen in Stuttgart die Strafe auf dem Fuß folgt. Konzepte wie der seit dem 4. März 2020 geltende bayerische Aktionsplan "Gewalt gegen Einsatzkräfte – Täter verfolgen, Helfer schützen" stellen sicher, dass gewalttätige Übergriffe gegen Einsatzkräfte zügig ausermittelt und zügig angeklagt werden.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Drittens. Es muss sichergestellt werden, dass alle strafrechtlichen Möglichkeiten genutzt werden, erkannte Straftäter festzunehmen, beweissicher zu ermitteln und letztlich rechtskräftig zu verurteilen.

Viertens ist uns wichtig: Um Randalen frühzeitig begegnen zu können, muss die gewaltgeneigte und gewaltbereite Szene in den sozialen Medien und im Internet präventiv und repressiv beobachtet und begleitet werden. Entwicklungen, die in Richtung Gewalt gehen, sind früh zu erkennen. Nach Möglichkeit sind Eskalationsszenarien frühzeitig zu unterbinden. Aus meiner Sicht ist es auch wichtig, dass man Wiederholungs- und Intensivtäter zielgerichtet und nachhaltig beobachtet, und zwar präventiv und repressiv.

Fünftens. Bayern wird natürlich auf die Erfahrungen aus Baden-Württemberg zurückgreifen und weitere Handlungsoptionen daraus ableiten.

Sechstens wollen wir die behördenübergreifende Zusammenarbeit mit Stuttgart und den ermittelnden Behörden intensivieren.

Das sind die Punkte unseres Dringlichkeitsantrags. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir stellen nochmals sehr klar, dass wir, die CSU-Fraktion, hinter unseren Polizistinnen und Polizisten stehen. Dabei lautet unser – –

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Bitte! Sie können fragen, wenn es so weit ist. – Dabei lautet das Leitmotiv: Freiheit braucht Sicherheit. Der Staat ist nicht der Feind der Freiheit, sondern der Garant für die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger. Anders gesagt: Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit.

Um das leisten zu können, benötigt unsere Polizei breite politische und – natürlich – gesellschaftliche Unterstützung, nicht aber Diffamierungen oder Diskreditierungen. Deshalb bitte ich Sie alle hier um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag. Die bayerischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten werden es Ihnen danken – ich bin mir sicher, auch die überwältigende Mehrheit unserer Bürgerinnen und Bürger. – Herzlichen Dank so weit.

Wir werden dem SPD-Antrag zustimmen.

Wir werden den AfD-Antrag ablehnen; denn er enthält keine wirklich weiterführenden, neuen Aspekte. Alles, was darin gesagt wird, ist unter Punkt 5 unseres Antrags enthalten.

Den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen wir ebenfalls ab. Mit den Punkten 1 bis 3 können wir durchaus mitgehen; diese treffen unseren Tenor. Gegen Punkt 4 haben wir Vorbehalte, insbesondere wenn es darum geht, Streetworking, mobile Jugendarbeit und Forschungsprojekte noch weiter auszubauen; denn auch insoweit sind wir schon extrem gut aufgestellt. Das ist auch kein Thema für einen Dringlichkeitsantrag. Das kann man unter Einbeziehung der kommunalen Familie, insbesondere des Städtetags, anders lösen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe den Abgeordneten Richard Graupner, AfD-Fraktion, auf. Bitte.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Name Stuttgart wird langsam, aber sicher, spätestens seit dem vergangenen Wochenende, zu einem Synonym für das desaströse Scheitern grün-roter seit 2016 auch grün-schwarzer Gesellschaftsexperimente. Nachdem schon in den Wochen zuvor Linksextremisten mit teils lebensgefährlichen Angriffen auf Polizisten und Teilnehmer missliebiger Demonstrationen für Schlagzeilen gesorgt hatten, erreichte diese Entwicklung in den Gewaltexzessen vom vergangenen Samstag ihren vorläufigen, traurigen Höhepunkt. "Niemand konnte so was ahnen", meinte der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg angesichts des Ausmaßes der Verwüstungen. – Wirklich nicht? Ist diese gespielte Ahnungslosigkeit von Herrn Kretschmann nur naiv oder geradezu infam?

Die GRÜNEN ernten in Stuttgart das, was sie mit ihrer verfehlten Bildungs-, Sicherheits- und Integrationspolitik selbst verursacht haben. Im Jahr 2013 führte die grün-rote Landesregierung eine Polizeireform durch, die mit einer rein politisch motivierten Neubesetzung der Polizeispitze einherging. Seit dieser Reform setzt man unverdrossen und ohne Berücksichtigung der Folgen auf Deeskalationsstrategien. Nun können Deeskalationsstrategien fallweise effektiv sein, sie dürfen aber nicht zur ideologisch motivierten Generallinie polizeilicher Intervention werden;

(Beifall bei der AfD)

denn die Tätergruppe, auf die man am Wochenende traf, interpretiert aufgrund ihrer eigenen kulturellen Prägung defensives Verhalten als Schwäche und reagiert im Zweifelsfalle umso enthemmter. Die einzige Sprache, welche dieses Klientel wirklich versteht, ist ein schnelles, robustes und kompromissloses Einschreiten.

(Beifall bei der AfD)

Weil man aber aufgrund politischer Rücksichtnahmen Ross und Reiter nicht nennen wollte, wurde schnell die Kategorie einer außer Kontrolle geratenen Partyszene aus dem Hut gezaubert. Identität und Herkunft der gerade einmal 25 Festgenommenen weisen aber in eine andere Richtung. Weniger als die Hälfte haben einen deutschen Pass, und selbst unter diesen befinden sich noch drei mit Migrationshintergrund; neun Tatverdächtige weisen einen Flüchtlingsbezug auf.

Nein, nicht eine ominöse Partyszene war in Stuttgart am Werk, sondern die Partisanenvorhut herausziehender bürgerkriegsähnlicher Szenarien, welche uns auch anderswo drohen, falls die Politik das Ruder nicht entschieden herumreißt.

(Zurufe)

Wenn staatlicher Kontrollverlust nicht zum Wesensmerkmal deutscher Lebenswirklichkeit werden soll, hat Rainer Wendt von der Deutschen Polizeigewerkschaft formuliert, brauchen wir entschlossenes Handeln auf vielen Ebenen.

Der Antrag der SPD ist für uns schon deswegen indiskutabel, weil er wieder das Klischee der angeblich rassistischen Polizei bemüht. Der Antrag der GRÜNEN klingt zwar vordergründig vernünftig, fixiert sich aber auf das Thema Alkohol und Drogen, und das ist viel zu wenig. Wir werden beide Anträge ablehnen. Zunächst bedarf es, wie in unserem Antrag gefordert, einer genauen Analyse der Vorfälle. Personalstärke, Ausrüstung, Einsatztaktik und Ausbildung unserer Polizeibeamten sind auf die neuen Herausforderungen hin zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

Aber auch die Vorschläge aus dem Antrag der CSU sind zum Teil notwendig und sinnvoll, seien es präventive Maßnahmen und Vorfeldaufklärung, sei es eine zeitnahe Aburteilung identifizierter Straftäter. Die AfD wird aus diesem Grunde – denn wir sind politisch nicht so gebunden wie Sie – Ihrem Antrag zustimmen. Aber solange die CSU – das schreibe ich Ihnen auch ins Stammbuch – windelweiche Wendehälse wie einen Horst Seehofer in ihren Reihen hat und ihr einst konservatives Profil weiter zugunsten des linken Zeitgeistes verwässert, solange werden Ihre Forderungen letztlich wirkungslose Kosmetik für den Wähler bleiben, weil die fundamentalen politischen Weichenstellungen zwangsläufig zu weiteren Katastrophen führen müssen. Für den dringend notwendigen grundlegenden Kurswechsel steht ausschließlich die AfD.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Stefan Schuster von der SPD-Fraktion auf.

Stefan Schuster (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Die Krawalle in Stuttgart haben uns alle erschüttert. Polizistinnen und Polizisten wurden angegriffen und verletzt. Solche Zustände wollen wir nicht, und wir dulden sie auch nicht.

(Beifall)

Ich darf an dieser Stelle den verletzten Beamtinnen und Beamten sicherlich im Namen des gesamten Hohen Hauses die besten Genesungswünsche aussprechen.

(Beifall)

An den Krawallen waren mehrere Hundert Personen beteiligt, 26 Tatverdächtige sitzen inzwischen in Untersuchungshaft. Diese Angriffe auf unsere Polizei sind schändlich, und wir verurteilen sie auf das Schärfste. Diese Idioten – ich sage das ganz bewusst – greifen unsere Gesellschaft an, und dem stellen wir uns entschieden entgegen. Wir stehen an der Seite unserer Polizei. Die Beamtinnen und Beamten beschützen uns und unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dafür sind wir ihnen sehr dankbar. Das ist kein Beruf, sondern eine Berufung. Dafür gebührt ihnen unser aller Respekt. So weit sind wir uns alle einig.

Es freut uns auch, Herr Kollege Grob, dass Sie unserem nachgezogenen Antrag zustimmen werden, wir können allerdings Ihrem Antrag leider nicht zustimmen,

(Unruhe)

weil er versucht, diese schlimmen Ereignisse politisch zu instrumentalisieren.

(Zuruf)

Es ist wieder das übliche Geschrei nach Strafverschärfungen, noch bevor die Ermittlungen richtig begonnen haben. Lassen Sie doch erst einmal Polizei und Justiz ihre Arbeit machen. Ich habe vollstes Vertrauen in die Justiz, dass die Stuttgarter Ereignisse sauber aufgearbeitet werden und dass Straftaten auch schnell geahndet werden.

(Beifall bei der SPD)

Populistische Sprüche helfen doch niemandem. Wir alle lehnen pauschale Vorwürfe gegen unsere Sicherheitskräfte ab. Das ist völlig klar. Aber was sagen Sie denn zu den pauschalen Vorwürfen Ihres Parlamentarischen Geschäftsführers im Bundestag, Stefan Müller?

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere, auch wenn es wehtut: "Wir haben in Deutschland ein Problem mit Migranten, die keinerlei Respekt vor der Polizei haben." Angestachelt von den Rassismus-Diskussionen der letzten Wochen fühlten sie sich als Opfer, und enthemmt durch Alkohol und Drogen entlade sich der Hass auf Polizisten. – Aus meiner Sicht ist das der niveauloseste Beitrag zu dem Problem in Stuttgart.

(Beifall bei der SPD)

Sind Sie wirklich sicher, dass der noch bei Ihnen ist, oder ist er schon nach rechts abgedriftet?

(Zuruf: Genau!)

Sie sollten sich klar und eindeutig von diesem Unsinn distanzieren. Mit seinen populistischen Stammtischparolen verunglimpft Herr Müller eine ganze Bevölkerungsgruppe, ohne dass er sich für den Sachverhalt überhaupt interessiert.

Ein Journalist aus Erlangen hat das wirklich treffend kommentiert:

Das größte Problem daran ist, glaube ich, dass Sie, als Sie diesen Schwachsinn geschrieben haben, total nüchtern waren.

(Heiterkeit bei der SPD)

Da hat er meiner Meinung nach recht. Migranten, die hier pauschal als drogensüchtige Gewalttäter hingestellt werden, sind Teil unserer Gesellschaft. Sie arbeiten bei Siemens, bei BMW, beim Bäcker um die Ecke, als Krankenpfleger, in Altenheimen und auch bei der Polizei, und das ist auch gut so, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch völlig daneben, jetzt die Anti-Rassismus-Demos zu kritisieren. Genauso wie wir uns klar an die Seite unserer Polizei stellen und Gewalt gegen sie verurteilen,

müssen wir natürlich auch über Probleme reden. Das ist doch völlig klar. Rassismus und Rechtsextremismus haben keinen Platz bei der Polizei.

(Beifall bei der SPD)

Eine Anfrage von mir hat ergeben, dass es in den letzten vier Jahren zehn strafrechtlich relevante Fälle rechtsextremer Gesinnung bei der bayrischen Polizei gegeben hat. Das sind Gott sei Dank wenige, aber jeder Fall ist einer zu viel.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn wir volles Vertrauen in unsere Polizei haben, müssen wir sie gegen Verdachtsfälle in den eigenen Reihen rüsten.

Jede Einrichtung des Staates muss sich natürlich Kritik stellen – so auch die Polizei. Sie muss in besonderer Weise Vorbild sein, darum dulden wir auch keinerlei Extremismus oder Rassismus in den Reihen der Polizei. Unsere Polizei ist nämlich kritisch und selbstreflektiert.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, diese Sätze stammen nicht von mir, sondern aus einer einstimmigen Resolution der Innenminister, gefasst auf der Innenministerkonferenz in Erfurt in den letzten Tagen. Dem hat auch unser Innenminister zugestimmt, und das ist, wie ich finde, auch gut so.

Es kann auch durchaus sinnvoll sein, dass dazu eine Studie gemacht wird, wie es die Bundesregierung plant. Das ist einmal eine gute Idee von Herrn Seehofer. Ab und zu hat er ja auch gute Einfälle. Die Idee allerdings, gegen eine Journalistin Strafanzeige zu stellen, weil einem ein Artikel nicht passt, war dagegen eher aus der Kategorie "Schnapsidee". Das sage ich, obwohl ich den Artikel wirklich für mehr als unterirdisch halte. Insoweit gebe ich Ihnen völlig recht, Kollege Grob. Solche Artikel sind kein Beitrag zur Satire, aber wir haben halt die Pressefreiheit.

Kolleginnen und Kollegen, nutzen wir lieber unsere Kräfte, um unsere Polizei zu unterstützen. Die Menschen, die bei der Polizei arbeiten, garantieren unsere Sicherheit in Bayern. Sie sind es doch, die täglich den Bürgerinnen und Bürgern draußen helfen.

Wir dulden keine Gewalt gegen unsere Polizei. Wir werden uns daher zum Antrag der CSU enthalten, wir lehnen den Antrag der AfD ab, und dem Antrag der GRÜNEN werden wir zustimmen. Natürlich bitten wir auch um Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir GRÜNEN verurteilen die Krawalle und die Gewalt in Stuttgart. Wir denken an die Opfer der Angriffe und wünschen ihnen baldige Genesung.

(Beifall)

Es gab wohl nach ersten Einschätzungen keinen politischen Hintergrund, sondern es war eine Mischung aus Alkoholexzess und pubertärer Aggressivität. Die Prävention solcher Taten darf daher nicht nur durch polizeiliche Maßnahmen und strafrechtliche Verschärfungen geschehen, sondern muss umfangreicher ansetzen. Mit Streetworking und mobiler Jugendarbeit helfen wir Menschen, verhindern Straftaten und entlasten die Sicherheitsbehörden. Das fehlt im Antrag der CSU und leider auch im Antrag der SPD.

Was uns aufhorchen lassen muss, ist, dass die Polizei den randalierenden Gruppen in Stuttgart als gemeinsames Feindbild diene. Hier müssen wir ansetzen, das muss untersucht und hier müssen Lösungsansätze gefunden werden.

Es ist aber nicht die Zeit, diese Straftaten zu missbrauchen, um der SPD-Bundesvorsitzenden eins auszuwischen oder mit Falschmeldungen gegen das Antidiskriminierungsgesetz in Berlin zu agitieren. Eine Beweislastumkehr – ich will es bei diesem einen Satz belassen – gibt es in diesem Gesetz nicht, sondern es ist nur, so wie es auch im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz üblich ist, eine Glaubhaftmachung vorgesehen. Das stärkt das Vertrauen in die Polizei und schwächt es nicht. Wir werden deshalb auch dem Antrag der CSU nicht zustimmen.

Es ist unsere Aufgabe als Volksvertreter, die Polizei streng und kritisch zu kontrollieren und ihr gleichzeitig den Rücken zu stärken. Das ist kein Widerspruch, sondern bedingt einander. Mit blindem Korpsgeist jegliche Kritik abzublocken, verspielt hingegen Vertrauen.

Ich möchte den bayerischen Innenminister Joachim Herrmann in der "Passauer Neuen Presse" vom 07.06. zitieren:

Wir sind zwar gerade auch im Auftreten unserer Polizei weit entfernt von solchen Exzessen wie in manchen amerikanischen Städten. Aber auch in Deutschland gibt es immer wieder rassistisches Unwesen. Deshalb müssen wir darüber einen ständigen gesellschaftlichen Dialog führen.

– Volle Zustimmung! Das ist genau die grüne Linie. Saskia Esken hat im Kern aber auch nichts anderes gesagt.

Wir brauchen einen ständigen, offenen kritischen und konstruktiven Dialog, um das hohe Ansehen der Polizei in der Bevölkerung weiterhin zu bewahren. Dazu gehören beispielsweise auch Vorschläge wie die Einrichtung eines unabhängigen Polizeibeauftragten, den es schon in mehreren Ländern gibt und der dort auch als Ansprechpartner für die Beamtinnen und Beamten wertvolle Arbeit leistet. Hier muss die CSU endlich ihre Blockadehaltung aufgeben.

Wir GRÜNEN wollen eine starke, transparente und bürgernahe Polizei und verurteilen die Gewalt gegen Polizeikräfte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner: Bernhard Pohl, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Bitte, Herr Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal Danke sagen: Danke an alle Einsatzkräfte in Bayern, aber auch außerhalb des Freistaats, die tagtäglich buchstäblich ihren Kopf – wie wir in Stuttgart gesehen haben, auch mit teilweise wirklich einschneidenden persönlichen Konsequenzen – für unsere Freiheit und unsere Sicherheit hinhalten. An dieser Stelle alles Gute und gute Besserung denen, die hier verletzt worden sind!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist vorhin gesagt worden, die Vorfälle hätten keinen politischen Hintergrund. Das kann ich allerdings so nicht stehen lassen. Selbstverständlich sendet derjenige, der Gewalt gegen Polizeibeamte übt, ein politisches Signal. Er sendet ein politisches Signal gegen die Polizei, gegen den Staat und damit gegen uns alle.

Da ist es mir völlig egal, ob das Rechtsextreme, Linksextreme oder Menschen sind, die grundsätzlich Abneigung und Hass gegenüber Polizeibeamten, gegenüber Menschen, die unsere Sicherheit sichern, haben. Nein, das ist ein politisches Signal und das muss man auch so als politisches Signal benennen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte heute hier einen Aspekt in den Mittelpunkt rücken: Das sind die Signale, die wir aussenden. Diese sind schon ein Stück weit Nährboden dafür, was da passiert ist.

Ich möchte der SPD-Fraktion für einen Absatz in ihrem Dringlichkeitsantrag Danke sagen, der sehr erfreulicherweise etwas klarstellt: In der bayerischen Polizei ist kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus. – Das ist wohlthuend anders als die Parole "Gegen Rassismus und Polizeigewalt", die suggeriert, die Polizei sei rassistisch und übe Gewalt aus. Vielen Dank für diese Klarstellung und auch für die Klarstellung, dass es gerade einmal zehn Fälle gibt. Natürlich gibt es auch in der Polizei schwarze Schafe. Es wäre völlig wirklichkeitsfremd zu glauben, dass irgendein gesellschaftlicher Bereich davon ausgenommen wäre. Aber es ist nicht "die" Polizei.

Vorhin wurde scharfe Kritik an Äußerungen, die ein Staatssekretär in Berlin gemacht hat, geäußert. Ich glaube, wir brauchen Berlin nicht zu kommentieren – ich lasse die Parteipolitik beiseite –, aber eines muss für Bayern jetzt auch mal gesagt werden: In Bayern haben wir ein anderes Verhältnis zur Polizei als in anderen Teilen der Republik. Vergleichen Sie die Art, wie Herr Staatsminister Herrmann den G7-Gipfel damals in Elmau gemanagt hat – da gab es wahrscheinlich nicht einmal eine zerbrochene Fensterscheibe –, mit dem, was beim G20-Gipfel in Hamburg geschah! Jeder kann sich an die Bilder noch erinnern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gestatten Sie mir ganz zum Schluss noch, aus diesem unsäglichen Artikel aus der "taz" zu zitieren. Ich denke, auch davon muss man sich in aller Deutlichkeit distanzieren. Ich hätte es gut gefunden, wenn der Innenminister in Berlin die Strafanzeige erstattet hätte. Ich weiß nicht, ob das noch von der Pressefreiheit gedeckt ist, wenn man sagt: Stellt euch vor, es gibt keine Polizeibeamten mehr. Was machen wir dann mit einer Bevölkerungsgruppe, die einen hohen Anteil an autoritären Persönlichkeiten und solchen mit Fascho-Mindset hat? Wie wollen wir Polizei nach deren Abschaffung verwenden? Auf Bauernhöfen würden sie Hakenkreuz-Teeservice herstellen und damit Terrornetzwerke finanzieren. Am Schluss heißt es: Am besten schaffen wir sie auf die Mülldeponie, wo sie nur von Abfall umgeben sind, aber nicht als Müllwerker, sondern deswegen, weil sie sich unter ihresgleichen am wohlsten fühlen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das hat mit Pressefreiheit aber wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das ist unterste Schublade. Ich bin froh, dass wir in Bayern die Polizei anders wertschätzen. Florian Herrmann ist jetzt nicht mehr da. Wir haben ein Jahrzehnt dafür gekämpft, dass im Polizeidienst verletzte Polizeibeamte Schmerzensgeld bekommen. Wir haben das durchgesetzt. Ich bin sehr froh darüber. Wir haben ein anderes Verhältnis zur Polizei. Wir sagen: Wir kämpfen gegen Gewalt gegen Polizeibeamte. Das ist unser Fokus, und das sollte auch unser Fokus bleiben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir für diese Debatte an dieser Stelle bei der Bewertung der Frage, wie wir mit Gewalt gegen Polizeibeamte umgehen, gewünscht, dass nicht da und dort in Nebensätzen noch Bemerkungen gemacht werden, sondern dass aus dem gesamten Haus und über alle Fraktionen hinweg unmissverständlich die einheitliche Botschaft hinausgeht: Da gibt es nichts zu deuteln, das verabscheuen wir. Das ist völlig in diskutabel. Die Polizei ist essenziell für ein gedeihliches Zusammenleben hier in Bayern und in der gesamten Republik. Da müssen wir bei der Bewertung zusammenstehen, um solche Übergriffe zu vermeiden.

Anlass dieses heutigen Dringlichkeitsantrages sind die Vorkommnisse in Stuttgart. Aber nicht erst die Ereignisse in Stuttgart müssen uns da hellhörig machen. Ich will die Zahlen in Erinnerung bringen, die unser Innenminister erst vor ein paar Wochen beim Landeslagebild zum Thema "Gewalt gegen Polizeibeamte" benannt hatte: Im Jahr 2019, also im letzten Jahr, bei einer Steigerung von über 6 %, sind wir bei 18.484

geschädigten Polizeibeamten in Bayern angelangt. Mit anderen Worten: Fast jeder zweite Polizeibeamte in Bayern muss sich mit solchen Gewalttätigkeiten auch ganz persönlich auseinandersetzen. Das ist allemal Anlass genug, über klare und unmissverständliche Reaktionen nachzudenken. Dazu geben uns die Anträge, die zu diesem Thema gestellt sind, Anlass genug.

Jetzt haben wir noch die blinde Zerstörungswut, die Gewalttätigkeit und die Plünderungen vom vergangenen Wochenende vor Augen und die damit zum Ausdruck kommende Missachtung staatlicher Autorität. Kollege Pohl hat angesprochen, was das insgesamt gesellschaftlich bedeutet und wie das zu bewerten ist. Zuletzt darf man ergänzen: Da kann man einmal empathisch auf die Tatsache blicken, dass das nicht nur Polizistinnen und Polizisten sind, die da ihren Dienst tun und die sich diesem Dienst und damit dem Staat verpflichtet fühlen, sondern dass diese Polizistinnen und Polizisten auch Menschen sind, die mit allen ihren Gefühlen und ihrem Engagement, aber auch mit solchen Bekundungen der Missachtung, die da zum Ausdruck kommen, und dieser Gewalttätigkeit umgehen müssen. Da müssen wir über Reaktionen nachdenken.

Kollege Grob hat für diesen Antrag die Dinge im Einzelnen erläutert. Ich will das nicht wiederholen. Wir werden diesem Antrag sicherlich zustimmen, wenngleich man über das hinaus, dass wir beim repressiven Anteil schnell reagieren, die Straftatbestände anschaut. All diese Forderungen sind richtig und wesentlich.

Ich würde ganz gerne ergänzen, dass wir uns über eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung Gedanken machen müssen, um diese Exzesse, dieses Fehlverhalten, diese Straftaten zu ächten. Da sind Sensibilität und Solidarität mit allen Polizistinnen und Polizisten unter gebotener Rücksichtnahme auch auf deren Interessen unverzichtbar. Pauschale Verdächtigungen sind völlig indiskutabel.

Innenminister Herrmann hat diese Woche im Innenausschuss sehr deutlich gemacht, und das sehr plausibel und nachvollziehbar, dass es freilich auch innerhalb der Polizei

Einzelfälle gibt, wo Vorschriften nicht beachtet werden. Aber die werden dann in allen Bereichen konsequent verfolgt. Das ist richtig und wichtig. Aber im Großen und in der Summe verdient unsere Polizei, verdienen unsere Polizistinnen und Polizisten die Unterstützung, die sie uns gewähren, um sicher in einem Staat zu leben und um insgesamt ein gedeihliches Zusammenleben sicherzustellen.

In diesem Sinne werden wir dem Antrag der CSU unsere Unterstützung geben. Auch die Anträge der SPD und der GRÜNEN erhalten unsere Zustimmung.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf den fraktionslosen Abgeordneten Swoboda aufrufen. Sie haben drei Minuten Redezeit. Ich möchte das betonen. Ich glaube, ich habe vorher einen Fehler gemacht.

(Raimund Swoboda (fraktionslos): Können wir handeln?)

– Nein, Nachschlag gibt es nicht.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es wäre ein schlechter Moment, wenn ich bei einem solchen Thema als langgedienter Polizeibeamter nicht auch ein paar Worte zu Ihnen sprechen würde. Im Gegensatz zu vielen von Ihnen kann ich aus einer erlebten Erfahrung heraus sprechen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Reiß (CSU))

– Sie sind von gestern, weil Sie die heutige Entwicklung nicht kennen, Herr Reiß. Jetzt rede ich weiter, und Sie stellen eine Zwischenfrage. Dann dürfen Sie am Ende etwas von mir hören. – In beiden Fällen – Corona-Notstand und innerer Notstand – brauchen wir die Polizei. Dass das mit dem inneren Notstand gar nicht so weit hergeholt ist, haben wir in Stuttgart gesehen. Ich freue mich, weil Sie heute gesagt haben, Sie stehen an der Seite der Polizei. Das müssen Sie sich merken: Die Polizei steht immer vor

einer Phalanx von Menschen, die ihr ans Leder gehen wollen, nur weil sie das, was Sie per Gesetz als Auftrag geben, durchsetzen soll, ob bei Corona oder beim inneren Notstand.

Schön, dass auch die GRÜNEN mit unserer Polizei mitfühlen. Da war ich schon ein wenig überrascht; denn vor ein paar Jahren in Hamburg war das noch ganz anders.

In Stuttgart sahen wir jetzt Bilder exzessiver Gewalt gegen Polizeibeamte. Sie kennen das Fernsehbild. Es ist schon so oft gezeigt worden: Sprung in den Rücken oder in die Seite, und der Beamte lag am Boden. Was er sich dabei für Verletzungen zugezogen hat, weiß ich nicht. Diese exzessiven Gewaltbilder haben Ihr Mitgefühl hervorgerufen, aber, wie ich heute vernommen habe, immer schon und wieder für die Täter, die jetzt plötzlich zur "Partyszene" gehören, nicht zur politisch-militant-exzessiven Szene. Hunderte waren es. Wenn man die Zahl der Festnahmen betrachtet, dann geht uns auch ein Licht auf: 24 gab es, 12 davon Ausländer – das mag Sie jetzt wieder stören –, 3 Leute mit Migrationshintergrund – das sind 15 – und 9 native deutsche Staatsbürger. Das könnte jetzt wieder den Rassistentenvorwurf hervorrufen, aber das würde fehlgehen. Man muss auch den soziokulturellen Hintergrund dieser Leute beleuchten. Was geht in deren Köpfen vor? Das kann man nicht einfach mit "Partygeist" abtun. Die Polizei spricht von bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen. Diese Gewalt von Hunderten junger Leuten muss uns zu denken geben.

Hier im Hohen Haus wie auch draußen auf der Straße immer mit "Rassismus in der Polizei" anzufangen, geht fehl. Ich habe 43 Dienstjahre hinter mir und habe währenddessen keinen Rassisten erlebt, wohl aber gelegentlich dumme Sprüche. Das räume ich ein. Das ist sehr kindisch, wenn so was passiert. Aber das passiert im alltäglichen Leben, auch an Stammtischen und sonst wo, obwohl die Polizei ein ganz anderes Niveau und ein Selbstreinigungsfühl hat.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Ich komme zum Ende und sage: Natürlich braucht die Polizei eine Fehlerkultur. Aber wir sollten uns merken: Polizisten gehören zu den Guten, nicht zu den Bösen. Das sollten Sie sich ganz besonders merken.

(Zuruf)

– Handeln Sie doch nicht wie ein Krämer, Herr Adelt! Gehen Sie in die Kneipe mit mir, und lassen Sie uns zusammen einen trinken; dann kommen wir zusammen.

(Heiterkeit)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Der Abgeordnete war mit seiner Rede bereits zu Ende. – Ich darf dann als Nächsten Herrn Staatsminister Joachim Herrmann aufrufen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ereignisse am vergangenen Wochenende in Stuttgart sind schockierend. Nach einer eigentlich harmlosen polizeilichen Festnahme gegen 22:30 Uhr haben sich am Samstagabend im Stuttgarter Schlossgarten beinahe 500 Personen gegen die eingesetzten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten solidarisiert und diese mit Stein- und Flaschenwürfen sowie Schlägen und Tritten angegriffen. Auch Angehörige des Rettungsdienstes blieben nicht verschont. Anschließend zogen Kleingruppen durch die Stuttgarter Innenstadt und beschädigten wahllos Geschäfte und Einsatzfahrzeuge. Selbst vor Plünderungen schreckte man nicht zurück.

Erst durch den Einsatz von beinahe 300 Polizeibeamtinnen und -beamten gelang es der baden-württembergischen Polizei am frühen Sonntagmorgen gegen 04:30 Uhr, der randalierenden Menschenmenge Einhalt zu gebieten. Die erschreckende Bilanz: 37 Ladengeschäfte und 14 Einsatzfahrzeuge wurden erheblich beschädigt, 9 Geschäfte wurden geplündert, 22 Polizeibeamte wurden verletzt. Ein Polizeibeamter ist auch weiterhin nicht dienstfähig. Diese blinde Zerstörungswut, die Missachtung der rechtsstaatlichen Ordnung und auch die Menschenverachtung, die seitens der randalieren-

den Personen an den Tag gelegt wurde, ist in gar keiner Weise zu tolerieren. Um derartige Gewaltexzesse, jedenfalls in Bayern, weiterhin konsequent und nachhaltig zu verhindern, wird die bayerische Polizei mit allen Mitteln des Rechtsstaats gegen Randalierer und Straftäter vorgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Unsere Polizei wird ein besonderes Augenmerk auf entsprechende Tendenzen an relevanten Örtlichkeiten legen und ihre Präsenz dort, wo es erforderlich ist, deutlich erhöhen. Hier zeigt es sich einmal mehr, wie richtig die personelle Verstärkung unserer bayerischen Polizei um insgesamt 3.500 Stellen ist. Wir sind das sicherste Land, aber wir ruhen uns darauf nicht aus, sondern sehen die Herausforderungen, die offensichtlich in ganz Deutschland vorhanden sind. Deshalb wurde hier gehandelt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben der Polizei sind aber auch die Kommunen als Sicherheitsbehörden gefordert. Das ist in Stuttgart angesprochen worden, und ich will das ausdrücklich für Bayern unterstreichen. Auch die Kommunen müssen ihre rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten ausschöpfen. Die Entstehung örtlicher Brennpunkte muss bereits im Ansatz gemeinsam mit der Polizei verhindert werden. Da ist es wichtig, dass zum Beispiel in einzelnen Bereichen, zum Beispiel hier in München durch die Landeshauptstadt, Alkoholverbote ausgesprochen worden sind. Wichtig ist auch, dass an ganz besonderen Orten eine Videoüberwachung installiert wird.

Meine Damen und Herren, diejenigen, die uns beschützen, verdienen die Rückendeckung des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaats und damit auch unseren Rückhalt. Die Bayerische Staatsregierung steht hinter unseren Polizeibeamtinnen und -beamten. Ich hoffe sehr – das ist Gott sei Dank bei einer ganzen Reihe von Rednern heute deutlich geworden –, dass auch dieser Bayerische Landtag, das Hohe Haus, zu unseren Polizeibeamten steht. Das ist wichtig und richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Pauschalvorwürfe der Diskriminierung, wie sie etwa durch den Erlass des Berliner Landes-Antidiskriminierungsgesetzes ausgedrückt werden, sind da fehl am Platz. Mit der am 4. Juni 2020 im Berliner Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzesänderung fällt die rot-grün-rote Berliner Landesregierung allen Angehörigen des öffentlichen Dienstes, besonders auch den Polizistinnen und Polizisten, in den Rücken, also denen, die auch in Berlin tagtäglich für die Sicherheit ihren Kopf hinhalten. Das Signal, das damit gesendet wird, ist verheerend. Wie soll denn der rechtschaffene Bürger der Berliner Polizei vertrauen können, wenn selbst seine eigene Landesregierung das offenbar nicht tut? So kann man nicht mit den eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgehen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Völlig daneben waren freilich auch die Äußerungen der SPD-Parteivorsitzenden Esken, die den deutschen Polizei- und Sicherheitsbehörden pauschal einen latenten Rassismus vorwarf und sie dafür kritisierte. Frau Esken hatte auch schon nach der Randalie in Leipzig-Connewitz am Neujahrstag als Erste, obwohl sie gar keine Ahnung davon hatte, die Einsatztaktik der Polizei kritisiert, da diese gegen mit Steinen und Flaschen bewaffnete Randalierer, die die Einsatzkräfte angegriffen haben, vorgegangen ist. Sie hat dann noch behauptet, eigentlich wäre es die Polizei gewesen, die diese ganze Randalie provoziert hätte.

Derartig unreflektierte Aussagen zeigen nicht nur den mangelnden Respekt und die mangelnde Wertschätzung gegenüber der Polizei, sie sind auch grob fahrlässig und vermitteln potenziellen Randalierern ein gefährliches Bild. Das kann nicht Ziel unserer Politik sein, jedenfalls nicht in Bayern. Ich sage ganz deutlich: Auch Polizisten müssen vor solchen Diskriminierungen geschützt werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Noch schlimmer als Frau Esken war der Kommentar in der "taz" vom 15. Juni. Ich zitiere den letzten Absatz dieses Kommentars. Dort heißt es wörtlich:

Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.

Zitatende. – Meine Damen und Herren, so über Menschen in Polizeiuniform zu sprechen, ist menschenverachtend! Das ist unverschämt! Das ist skandalös!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe über jemanden, der sich heute unverständlicherweise in diesem Haus herumgetrieben hat, gesagt, dass er zu den schlimmsten geistigen Brandstiftern in diesem Land gehört.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage ganz bewusst: Wer sich in der "taz" einer solchen Wortwahl bedient, der gehört auch zu den geistigen Brandstiftern! Meine Damen und Herren, so darf man über Menschen in unserem Land nicht reden!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bayerische Staatsregierung steht klar hinter unserer Polizei und hinter unseren Sicherheitsbehörden. Ich möchte uns alle hier im Bayerischen Landtag dazu aufrufen, unsere Bemühungen im Kampf gegen derartige Gewaltexzesse weiter zu intensivieren und der bayerischen Polizei und den Sicherheitsbehörden den notwendigen Rückhalt zu geben, einen Rückhalt, der es ihnen ermöglicht, die Sicherheit für die Menschen im Freistaat Bayern auch weiterhin auf dem seit Jahren hervorragenden Niveau zu erhalten.

Ich sage allen Angehörigen der Polizeiverbände in ganz Deutschland für ihre engagierte Arbeit noch einmal ein herzliches Dankeschön. Ich wünsche allen Polizeiangehörigen in Deutschland, dass sie von ihren oft schwierigen Einsätzen stets wohlbehalten wieder zurückkehren. Alles Gute und vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 18/8582 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das ist die Fraktion der GRÜNEN. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/8663 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion, sonst niemand. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/8664 seine Zustimmung geben will, den bitte um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Damit ist dieser Antrag angenommen. Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/8665 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das

sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.